

Oberweierer Bürger fragt die Kandidaten direkt

„Wie stehen Sie zur geplanten Deponie-Erweiterung?“ / Markus Huster sucht Antworten über eine Internet-Plattform

Gaggenau (BT) – Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises plant die Erweiterung der Entsorgungsanlage „Hintere Dollert“ für die Ablagerung von PFC-haltigem Erdmaterial. Dies beschäftigt nicht nur die Bürgerinitiative „Keine Deponieerweiterung – Kein PFC“, sondern auch Markus Huster in Oberweier. Er hat sich über die Plattform „Abgeordnetenwatch“ an regionale Landtagskandidaten gewandt mit der Bitte um Stellungnahme zu der Problematik.

„Ich lebe in Oberweier“, sagt der dreifache Familienvater, „eine Deponieerweiterung stellt eine Gefahr für Menschen und Umwelt dar. Außerdem wissen wir nicht, welche Gefahren bereits von den Altlasten ausgehen.“

Seine Frage an die Kandidaten lautete: „Wie stehen Sie zu den Plänen, die Deponie Oberweier für PFC-haltigen Erdaushub tauglich zu machen?“ Die Antworten, die er erhalten hat, fassen wir hier zusammen:

Alexander Becker (CDU): Für ihn stellen sich vor der Entscheidung für eine Deponierung von PFC-haltigem Erdaushub grundsätzliche Fragen, zum Beispiel: Ist eine Deponierung von PFC überhaupt nötig? Lösungen vor Ort seien generell vorzuziehen. „Eine Deponieerweiterung sehe ich nicht zwangsläufig“, so der Landtagskandidat, „die Menschen in Oberweier und Umgebung haben bereits über Jahrzehnte für den Landkreis

die Belastungen einer Deponie getragen und damit ihren Beitrag mehr als erbracht.“

Unabhängig von der Frage der PFC-Deponierung sei es wichtig, zu prüfen, „ob im Bereich des Sicker- und Grundwassers Handlungsbedarf besteht, der bisher nicht zu sehen war“, so der Abgeordnete, der bereits eine Anfrage an das Umweltministerium Stuttgart gerichtet hat. Ausdrücklich begrüßt er, dass im Auftrag der Stadt Gaggenau eine Begutachtung der bestehenden Übergangsdeponien erfolgt, und er fordert ein transparentes Verfahren und offene Debatten.



Landtagswahl

Thomas Hentschel (Grüne): Um Transparenz geht es nach eigenem Bekunden auch Thomas Hentschel. Er fordert eine ergebnisoffene Standortsuche und einen Bürgerdialog, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Norbert Maßon (Die Linke): „Nachdem weder vom Landkreis noch vom Land objektive und umfassende Aufklärung geleistet wird darüber, was an Sondermüll ohnehin schon in Oberweier deponiert ist, lehne ich eine Deponierung von PFC-haltigen Böden ab“, betont Maßon. Zunächst müsse geklärt werden, was dort schon wie lange deponiert sei

und was davon in die Umwelt gelangt. Als Zweites müsse eine Sanierung der Deponie erfolgen. „Parallel dazu sind alle vergleichbaren Deponiestandorte auf eine mögliche Deponierung der geplanten Stoffe zu prüfen.“ Die Linke gibt außerdem zu bedenken, „dass auf der Kreismülldeponie Oberweier eine toxische Altlasten-Zeitbombe schlummert“, die dringend untersucht werden müsse. Ohne ein umfassendes Altlastenmonitoring aller Deponiebereiche könne weder die Gefährdungslage für Mensch und Umwelt erfasst, noch eine sinnvolle Sanierung eingeleitet werden.

Jonas Weber (SPD): „Mir ist es wichtig, dass alle drei Deponien in Oberweier genau untersucht werden“, schreibt er. Erst danach könne beurteilt werden, welche Maßnahmen zu ergreifen seien und in welcher Art die Deponie weitergeführt werden könne. „Wir müssen Lösungen finden, die die Bevölkerung und die Natur auf Dauer schützen.“ Bereits 2018 seien bei einer Beprobung des Grundwassers im Abstrom der Deponie geringe Mengen PFC nachgewiesen worden. Weber: „Da es keine gesetzlichen Grenzwerte gibt, orientiert man sich an Geringfügigkeitsschwellenwerten. Es kann aber nicht sein, dass Maßnahmen ergriffen werden, die lediglich den Mindestanforderungen genügen.“

Volker Kek (AfD) lehnt nach eigenem Bekunden eine PFC-Ablagerung ab: PFC-Bela-



Markus Huster aus Oberweier beim Abgeordneten-Check. Er will wissen, wie die Kandidaten zur geplanten Deponie-Erweiterung stehen.

Foto: Richard Merkel

stungen und deren Ausbreitungen könnten schwerwiegende Folgen für das Grundwasser nach sich ziehen, was bereits geschehen sei. „Sollte ich in den Landtag gewählt werden, wird das ein Thema sein, um das ich mich kümmern werde“, versichert Kek. Aus seiner Sicht sei eine Ablagerung von Erdaushub nicht zielführend, „sondern es muss versucht werden, diese Verunreinigungen zu neutralisieren“. Eine Ablagerung berge stets das Risiko, dass durch eine Undichtigkeit der Abdichtungsschicht PFC-Moleküle in das Grund-

wasser kommen. „Auch wenn das Risiko klein sein mag, solange also nicht geklärt ist, wie die PFC-Reste restlos unschädlich gemacht werden können, lehne ich eine Ablagerung auf dieser Deponie ab“, so Kek abschließend.

Patrick Wilczek (FDP) schreibt auf die Nachfrage von Markus Huster: „Ich lehne die Lagerung von PFC-kontaminiertem Boden auf dem Gelände der Deponie Oberweier ab.“

Jörg Hornung (FWG): Auch der Kandidat der Freien Wäh-

ler spricht sich gegen eine Deponie für PFC-Erdaushub in Oberweier aus. Seine Begründung: Es sei nicht abzusehen, welche Schäden an Mensch und Natur eine Umlagerung des kontaminierten Bodens nach sich ziehe. „Die Aussage des mit der Machbarkeitsstudie für die Deponieerweiterung beauftragten Gutachterbüros, Deponien werden so gebaut, dass keine Schäden entstehen können, halte ich für höchst dubios, da es durch bautechnische Mängel oder Materialfehler jederzeit zu Unfällen / Vorfällen kommen kann.“

Finanzen und Vorsorge

Digitale Informationsreihe für Frauen

Baden-Baden/Gaggenau (BT) – Im Rahmen der digitalen Informationsreihe für Frauen zum Thema „Finanzen und Vorsorge“ der Gleichstellungsbeauftragten der Städte Gaggenau, Baden-Baden, Rastatt und des Landkreises Rastatt findet am Donnerstag, 18. März, von 18 bis 20 Uhr der erste Termin statt. Dieser bietet eine Grundlage, um die eigenen Finanzen zu ordnen, so die Stadtpressestelle.

Referentin Simone Bußmann gibt den Teilnehmerinnen einen Überblick über die aktuelle Wirtschaftssituation; Möglichkeiten für Geldanlagen und zum Vermögensaufbau werden dargestellt und wichtige Hinweise zur Altersvorsorge gegeben.

Der Vortrag ist kostenlos. Anmeldungen sind bis zum 11. März über die Stadt Gaggenau, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Abteilung Gesell-

schaft und Familie, unter ☎ (07225) 962509, E-Mail an gesellschaft-familie@gaggenau.de möglich.

Weitere Informationen zu dieser Informationsreihe gibt es auf der Homepage der Stadt Gaggenau unter www.gaggenau.de bei „Aktuelle Nachrichten“ sowie auf der Homepage der Stadtverwaltung Baden-Baden unter www.baden-baden.de/Gleichstellungsbeauftragte.

Heute: Vortrag über Arthrose

Baden-Baden (BT) – Einen Online-Vortrag bietet Professor Marc N. Thomsen, Chefarzt der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie und Leiter des Endo-Prothetik-Zentrums des Klinikum Mittelbaden, an. Er referiert am heutigen Dienstag von 19 bis 20 Uhr über Arthrose, Entstehung und Behandlungsmöglichkeiten. Interessierte können per Live-Chat Kommentare und Fragen abgeben. Letzteres auch per Telefon

während der Veranstaltung. Einwählen können sich Interessierte ab Vortragsbeginn unter der Kachel Gesundheitsforum auf der Internet-Startseite www.klinikum-mittelbaden.de Die Telefon-Hotline für die Veranstaltung steht von 19 bis 20 Uhr unter ☎ (07221) 304245 zur Verfügung.

Wahlurnen in der Markthalle

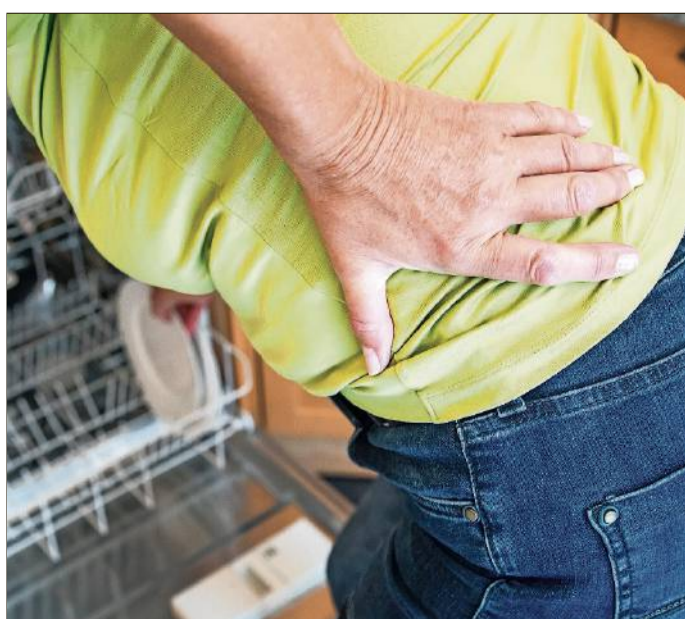
Bischweier (ar) – Die Gemeinde Bischweier ist bei der

Landtagswahl am 14. März aufgrund ihrer Einwohnerzahl in zwei Urnenwahlbezirke und einen Briefwahlbezirk aufgeteilt. Wie Andreas Mahnkopf von der Bischweierer Rathausverwaltung in der Gemeinderatsitzung informierte, werden die beiden Urnenwahlbezirke in der Markthalle sowie der Briefwahlbezirk im Obergeschoss des Dorfhauses untergebracht. Dies habe sich aufgrund der bestehenden Corona-Pandemie bewährt, wie bereits bei der Bürgermeisterwahl im Oktober festgestellt werden konnte.

Online ins Gesundheitscafé

Jobcenter Rastatt und AOK starten Angebote für arbeitslose Menschen

Rastatt (BT) – Rezeptideen für kleines Budget, mit Fachleuten über Rückenprobleme sprechen oder Stress-Screening: Ab dem 15. März laden das Jobcenter Landkreis Rastatt und – stellvertretend für das GKV-Bündnis für Gesundheit – die AOK Mittlerer Oberrhein arbeitslose Menschen zu digitalen Gesundheitsangeboten ein.



Was tun bei Rückenproblemen: Auch dieses Thema streift das Projekt von Jobcenter und AOK. Foto: dpa/Christin Klose

Die kostenlosen Präventionsangebote finden im Rahmen des bundesweiten Modellprojekts „Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt“ statt, an dem das Jobcenter und die AOK als einer von rund 230 Standorten teilnehmen.

Ziel des Projekts ist es, die Gesundheit arbeitsloser Menschen zu erhalten und zu stärken, ihre Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, heißt es

in einer Pressemitteilung.

Am 15. und 22. März sowie am 12. und 19. April jeweils von 10 bis 11 Uhr findet ein of-

fenes digitales Gesprächsangebot statt, bei dem arbeitslose Menschen Fragen rund um das Thema Gesundheit an Exper-

ten aus den Bereichen Bewegung, Ernährung und Entspannung stellen können. Außerdem werden Übungen gezeigt und Tipps für den Alltag gegeben. Am 14. April von 9 bis 13 Uhr können Betroffene über Zoom einen 30-minütigen Check wahrnehmen, um ihr Stresslevel bestimmen zu lassen – bei diesem Angebot ist eine Anmeldung erforderlich. Mehr Infos erhalten Erwerbslose über ihren persönlichen Ansprechpartner im Jobcenter oder bei Katharina Ochs unter ☎ (0178) 6117149 oder k.ochs@gesundheitskoordination.de.

„Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt“ ist ein Kooperationsprojekt der gesetzlichen Krankenkassen, der Agentur für Arbeit, des Deutschen Landkreistags sowie des Deutschen Städtetags. Die AOK Mittlerer Oberrhein vertritt am Standort Rastatt das GKV-Bündnis für Gesundheit.

Schnittkurse fallen aus

Obst- und Gartenbauverein Michelbach

Gaggenau (BT) – Der Obst- und Gartenbauverein Michelbach sagt wegen Corona den geplanten Schnittkurs für Rosen und Ziergehölze am kommenden Samstag, 13. März, ab. Der Winterschnittkurs am 20. März findet ebenfalls nicht statt. Auch die Jahreshauptversammlung muss auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

In und um das Fachwerkdorf laufen auch im Jahr 2021 die Pflegemaßnahmen trotz der Pandemie an den Blumenbeeten und Sträuchern der OGV-Patenschaften weiter. Diese sind an der Wiesenthalhalle, in der Schlossgasse, am Kriegerdenkmal, an der Hilsberghütte sowie an den Ortseingängen. Hierfür benötigte Blumenzwiebeln, Pflanzen oder Rindenmulch werden größtenteils durch Beiträge und Spenden finanziert. Der OGV Michelbach bedankt sich dafür bei den Gönnern und Mitgliedern des Vereins.

Gemeinsam mit den helfenden



Michelbach ist bereits am Erblühen. Foto: Stahlberger

den Händen, die über das Jahr hinweg im Einsatz sind, könne Michelbach auch 2021 voll erblühen, schreibt der OGV.